



Dezember 2025

CENTRAL MEDITERRANEAN INFO

ANKÜNFTEN

Im Dezember 2025 erreichten laut Zählungen von *borderline-europe* **3.031** Schutzsuchende Italien auf dem Seeweg. Das ist ein Rückgang von **36,4%** im Vergleich zu November und ein Rückgang um **4,4%** im Vergleich zum Vorjahresmonat. Ein stetiger Rückgang der Ankunftszzahlen über die Wintermonate ist normal, da die Wetterbedingungen die Route über das Mittelmeer noch unberechenbarer und gefährlicher machen.

Der Großteil der Menschen (**2.081** Personen bzw. **68,8%**¹) kamen auf Sizilien - vor allem Lampedusa - an. **280** Menschen (**9,2%**) kamen in Kalabrien und **250** Menschen (**8,2%**) kamen auf Sardinien an.

Für **1.379** Personen (**45,5%**) wurde unseren Zählungen zufolge eine Rettung von italienischen Behörden nachgewiesen. Insgesamt wurden **735** Menschen (**24%**) von der zivilen Seenotrettung gerettet. Gemäß den Daten von *borderline-europe* war Frontex im Dezember an der Rettung von **92** Personen (**3%**) beteiligt. **459** Personen (**15%**) erreichten autonom die italienischen Küstengewässer (12 Seemeilen vor der Küste), ohne vorher abgefangen oder gerettet zu werden. Für **366** Menschen (**12%**) lagen keine Informationen zur Art der Ankunft oder Rettung vor.

Laut den offiziellen Zahlen des italienischen Innenministeriums sind im Dezember **2990** Menschen in Italien angekommen. Wir konnten in diesem Monat etwas höhere Ankunftszzahlen belegen, doch möchten wir anmerken, dass es keinen Zugang zu den Hintergründen bzw. Quellen der vom Innenministerium veröffentlichten Zahlen gibt.

Der Trend steigender Ankünfte minderjähriger Migrant*innen, welche häufig unbegleitet sind oder noch im Kleinkindalter, lässt sich, wie in den Vormonaten, auch im Dezember beobachten.

Überblick über die von <i>borderline europe</i> gesammelten Daten	
Ankünfte von Geflüchteten in Italien per Seeweg	3.031
Ankünfte von Geflüchteten auf Sizilien	2.081
Durch Behörden gerettete Menschen	1.379
Durch NGOs gerettete Menschen	735
Selbstständige Ankünfte von Schutzsuchenden	459
Ankünfte ohne Informationen zur Ankunft/Rettung	366

Die Daten sind ohne Gewähr, da die Dunkelziffer deutlich höher sein könnte.

¹ Sofern nicht anders angegeben, beziehen sich alle genannten Prozentzahlen auf die Gesamtzahl der in diesem Monat über den Seeweg in Italien angekommenen Menschen.

WEGE NACH EUROPA

Als primäre Abfahrtsorte für die Überfahrt nach Italien dienen die Transitländer Libyen, Tunesien und Algerien. Im Dezember legten mindestens **936 (30,8%)** der in Italien angekommenen Personen in Libyen und **111 Personen (3,7%)** in Tunesien ab. Von **1.984 Menschen (65,5%)** ist der Abfahrtsort nicht bekannt. Im Gegensatz zum letzten Monat ist somit wieder ein Anstieg von Abfahrten aus Tunesien zu verzeichnen.

Die Menschenrechtslage in den nordafrikanischen Transitstaaten bleibt für Menschen auf der Flucht und Migrant*innen, besonders aus Subsahara Gebieten, gravierend.

Tunesien: Humanitäre Arbeit unter Strafverfolgung

Im Dezember setzte sich die [strafrechtliche Verfolgung von Mitarbeitenden der Menschenrechtsorganisation Terre d'Asile Tunisie](#) fort. Sherifa Riahi, Mohamed Joo sowie Imen Ouardani, ehemalige stellvertretende Bürgermeisterin von Sousse, befanden sich weiterhin seit Mai 2024 in willkürlicher Untersuchungshaft. Wegen ihres humanitären Engagements für Menschen auf der Flucht, Asylsuchende und Migrant*innen ist die Gruppe Ziel unklarer und weit gefasster Anschuldigungen geworden. Dieser Gruppe werden unklare und weit gefasste Anschuldigungen wegen ihres humanitären Engagements für Menschen auf der Flucht, Asylsuchende und Migrant*innen vorgeworfen. Diese Anschuldigungen mündeten in Gerichtsverfahren, in denen ihr unter anderem vorgeworfen wird, Menschen mit irregulärem Aufenthaltsstatus aufgenommen oder deren Ein- bzw. Ausreise sowie Aufenthalt erleichtert zu haben. Am 15. Dezember 2025 begann vor dem Gericht in Tunis der Prozess gegen die Betroffenen. Die nächste Anhörung wurde zunächst auf den 5. Januar 2026 angesetzt. Der Fall steht exemplarisch für die zunehmende Repression gegen zivilgesellschaftliche Organisationen und Menschenrechtsverteidiger*innen in Tunesien, insbesondere gegen Akteur*innen im Migrations- und Asylbereich.

Anfang [Januar 2026](#) wurden Sherifa Riahi, Mohamed Joo und Imen Ouardani zu zwei Jahren Haft verurteilt, die Strafe jedoch zur Bewährung ausgesetzt. Nach 19 Monaten willkürlicher Untersuchungshaft wurden sie freigelassen. Trotz der Freilassung unterstreicht das Verfahren die anhaltende Kriminalisierung humanitärer Hilfe und den drastisch eingeschränkten Handlungsspielraum für NGOs.

Gegen rund [20 weitere Aktivistinnen](#) sowie derzeit nicht inhaftierte Angestellte der Stadt Sousse, die im Bereich der Unterstützung von Migrant*innen tätig sind, wird weiterhin ermittelt. Auch ihnen wird vorgeworfen, Migrant*innen ohne regulären Aufenthaltsstatus durch die Bereitstellung von Wohnraum, Lebensmitteln oder anderen Formen humanitärer Hilfe unterstützt zu haben.

Für Migrant*innen und Geflüchtete bedeutet dies weiterhin einen massiven Abbau von Unterstützungs- und Schutzstrukturen in einem zentralen Transitland auf dem Weg nach Europa.

Libyen: Auslieferung an den IStGH und forcierte Rückführungen

Die Auslieferung von [Khaled Mohamed Ali El Hishri](#) („Al-Booti“) durch Deutschland an den Internationalen Strafgerichtshof (IStGH) am 1. Dezember 2025 ist ein seltenes Signal gegen die weitverbreitete Straflosigkeit in Libyen. El Hishri, ein hochrangiges Mitglied der Miliz Al-Radaa, soll zwischen 2015 und 2020 für schwere Verbrechen in der Haftanstalt Mitiga verantwortlich gewesen sein, darunter Folter, sexuelle Gewalt und Mord. Es ist das erste IStGH-Verfahren zur Situation in Libyen seit Beginn der Ermittlungen 2011.

So bedeutsam dieser Schritt ist, so begrenzt bleibt seine Reichweite. Der Haftbefehl basiert auf einer engen Definition der betroffenen Opfergruppen. Migrant*innen aus Subsahara-Afrika wurden aus dem Anwendungsbereich ausgeschlossen, da ihre Inhaftierung als migrationsbedingt eingestuft wurde. Damit setzt sich ein strukturelles Problem fort: Verbrechen an Migrant*innen werden juristisch wie politisch marginalisiert, obwohl sie zu den Hauptbetroffenen systematischer Gewalt in Libyen zählen.

Die libyschen Behörden haben angekündigt, die Zahl der [Rückführungen von Migrant*innen](#) deutlich zu erhöhen. Innenminister Imad Trabelsi erklärte Anfang Dezember in Tripolis, Ziel eines seit Oktober laufenden „nationalen Rückführungsprogramms“ sei es, monatlich tausende Menschen in ihre Herkunftsänder zurückzubringen. Geplant sind mindestens zwei Rückführungsflüge pro Woche, prioritär für Frauen, Kinder und ältere Menschen. Besonders betroffen sind Migrant*innen aus Subsahara-Afrika sowie aus Bangladesch; Rückführungen erfolgen unter anderem nach Somalia, Mali und Tschad. Nach Angaben der Internationalen Organisation für Migration (IOM) ist die Zahl der irregulären Einreisen nach Libyen in den vergangenen Monaten gesunken. Gleichzeitig wurden 2025 mehr als 25.000 Menschen bei dem Versuch, das Mittelmeer zu überqueren, abgefangen und nach Libyen zurückgebracht. Einige von ihnen werden im Anschluss im Rahmen der Rückführungsprogramme repatriiert. Ein Teil der Betroffenen war zuvor in libyschen Haftzentren inhaftiert. Die zunehmenden Rückführungen stehen damit im Zeichen einer migrationspolitischen Strategie, die auf Abfangen, Inhaftierung und Rückkehr setzt. Schutzzperspektiven innerhalb Libyens spielen in den offiziellen Verlautbarungen keine Rolle; Rückkehrprogramme treten an die Stelle langfristiger Lösungen für

Push- & Pullbacks

Im Dezember haben wir Interceptions (Abfangen und Zurückweisungen auf dem Fluchtweg) von **2489** Personen auf dem zentralen Mittelmeer erfasst, bei denen Boote mit Geflüchteten oft gewaltsam an die nordafrikanische Küste zurückgedrängt wurden. Von den abgefangenen Personen wurden **2318** Menschen nach Libyen und **171** Menschen nach Tunesien zurückgeschleppt. Diese Zahlen sind ohne Gewähr, da die Dunkelziffer weitaus höher liegen dürfte. IOM Libya hat lediglich die Interception von 1782 Personen registriert.

Zwar sind die Zahlen der auf dem Mittelmeer abgefangenen Personen im Vergleich zum Vormonat (11/2025: **3.178**) wieder etwas gesunken, allerdings bleiben sie im Verhältnis zu den Abfahrten sehr hoch. Zudem sind die dokumentierten Interceptions nach Tunesien, wie auch schon im November, gestiegen. Da das Vorgehen der tunesischen Behörden gegen Migrant*innen nur selten dokumentiert wird, ist dieser Anstieg besonders auffällig.

Am [19. und am 20. Dezember](#) wurden zwei Gruppen (insgesamt 95) von der tunesischen Küstenwache abgefangen. Angehörige berichteten *Alarm Phone*, dass die Männer von den Gruppen getrennt und in der Wüste, ohne Versorgung, ausgesetzt wurden. Über ihr weiteres Schicksal ist uns nichts bekannt. Dieses Vorgehen gegen Schutzsuchende ist seit langem eine bekannte Praxis der tunesischen, libyschen und algerischen Behörden.

Am [26. Dezember](#) rettete das Offshore-Versorgungsschiff Maridive 703 34 Menschen (mit drei Kleinkindern) in der maltesischen-tunesischen SAR Zone, aus Seenot. Sowohl die maltesischen als auch die italienischen Behörden ignorierten die Anrufe des Schiffes über Tage. Am 30. Dezember rettete das Schiff weitere 74 Menschen. In diesem Zusammenhang wurden zwei Todesfälle und einige Verletzte gemeldet. Weiterhin wurde keine Rettung durch die europäischen Behörden eingeleitet. Als am 31. Dezember die Ocean Viking (SOS MEDITERRANEE) das Schiff erreichte, konnte die Crew nur 33 der 108 Personen retten. Die anderen 75 Menschen waren schon gegen ihren Willen nach tunesien gebracht worden.

Tote & Vermisste

Während die Zahl der als vermisst gemeldeten Personen stark sank, hat sich allerdings die Zahl der Todesfälle im Vergleich zum November beinahe verdoppelt. Laut Daten von *borderline-europe* starben im Dezember **144** Personen (11/2025: 76) auf der Flucht über das zentrale Mittelmeer, **24** Menschen gelten in diesem Monat als vermisst (11/2025: 161). Das Schicksal von weiteren insgesamt **195** Personen ist ungewiss. Auch hier dürften die Dunkelziffern deutlich höher liegen.

Am [7. Dezember](#) fuhr ein Boot mit 21 Flüchtenden aus Algerien ab. 19 von ihnen starben bei einem Schiffbruch. Besorgte Angehörige hatten am 10. Dezember *Alarm Phone* kontaktiert, da sie keinen Kontakt mehr zum Boot hatten. Das Boot konnte nicht erreicht werden. Am 28. Dezember erfuhr *Alarm Phone*, dass es zu einem Schiffbruch gekommen war und nur zwei Personen überlebten. Sie wurden von der algerischen Behörde in der Wüste Nigers ausgesetzt. Wann der Schiffbruch genau stattfand, ist nicht bekannt.

Bei [einem weiteren gravierenden Schiffbruch am 19. Dezember](#) starben **116 Menschen**. Nur eine Person überlebte. *Alarm Phone* erhielt am 19. Dezember einen Notruf von einem Boot, welches am Abend zuvor aus Libyen gestartet war. Daraufhin wurden die zuständigen Küstenwachen (darunter Libyen, Tunesien und Italien) sowie NGOs alarmiert. *Sea-Watch* entsandte umgehend ihre Drohne, um den Standort des Schiffs zu ermitteln. Die Küstenwachen waren nur verspätet zu erreichen und leiteten keine Such- und Rettungsaktion ein. Zwei Tage später wurde der einzige Überlebende von einem Fischer gerettet und nach Tunesien in ein Krankenhaus gebracht. Weder tunesische zivilgesellschaftliche Organisationen noch *Alarm Phone* konnten allerdings Kontakt zu dem Überlebenden herstellen. Wie die Fälle unter Push- & Pullbacks verdeutlichen, ist das sehr alarmierend. Dieser verheerende Schiffbruch und der Tod von 116 Menschen war kein Unfall, sondern liegt in der Verantwortung der zuständigen Behörden.

Nach der Rettung von 33 von der Maridive 703 (s.h. oben) am [31. Dezember](#) machte sich die Ocean Viking auf dem Weg zu einem weiteren Notruf von ca. 60 Personen (inkl. einem Baby). Auf Grund von Drohungen der sogenannten libyschen Küstenwache war die Crew allerdings gezwungen, die Menschen mitten in der Nacht zurückzulassen. Der Fall wird unter ziviler Widerstand näher beschrieben. Das weitere Schicksal der Menschen ist nicht bekannt.

Ziviler Widerstand

Im Dezember waren **9** Schiffe der zivilen Flotte auf dem zentralen Mittelmeer im Einsatz und retteten in **16** Rettungseinsätzen insgesamt **735** Personen aus Seenot (**24%** der Angekommenen).

Schiffe der zivilen Seenotrettung wirkten bei 3 Rettungsaktionen mit, bevor die Personen durch staatliche Behörden oder Frontex an Land gebracht wurden.

Die Crew des Schiffes Life Support (Emergency) führte im Dezember insgesamt 2 Mehrfachrettungen durch. Auch die Crew des Schiffes Louise Michel (Louise Michel) und des Schiffes Sea-Watch 5 (Sea-Watch) retteten jeweils in einem Einsatz zwei Gruppen.

Auch im Dezember hinderte die italienische Regierung die zivile Seenotrettung erneut an ihrer Arbeit. So wurde am [09. Dezember](#) die Humanity 1(SOS Humanity) für 20 Tage in Ortona festgesetzt. Die italienische Regierung begründet die Maßnahme damit, dass die Crew während ihrer Rettung von 85 Menschen nicht mit der sogenannten libyschen Küstenwache kommuniziert habe. Damit wurde [erstmals](#) eine Maßnahme gegen ein Mitglied des neuen [NGO-Zusammenschlusses "Justice Fleet"](#) ergriffen. Die [13 Seenotrettungs Organisationen](#), die Teil dieses Bündnisses sind, hatten gemeinsam entschieden, nicht mehr mit der sogenannten libyschen Küstenwache zu kooperieren. Auch [Marie Michel, Politikexpertin bei SOS Humanity](#) erklärt, dass eine Zusammenarbeit mit der sogenannten libyschen Küstenwache eine Bedrohung sowohl für die Crew des Schiffs als auch die geretteten Menschen darstellen würde. Nun [klagt](#) SOS Humanity gegen die Entscheidung der italienischen Regierung Humanity 1 festzusetzen.

Bedrohung der zivilen Seenotrettung durch die sogenannte Libysche Küstenwache

Bereits zu Beginn des Monats kam es im Kontext der Einschränkung ziviler Seenotrettung zu einem erschreckenden Ereignis. Die Crew der Louise Michel berichtete, dass die sogenannte libysche Küstenwache am [01. Dezember](#) in die unmittelbare Nähe ihres Bootes geschossen habe. Wenig später stieß die NGO auf ein leeres Schlauchboot, das auf eine Interception durch die sogenannte libysche Küstenwache schließen lässt. Besonders alarmierend ist dabei, dass es sich bei dem Boot, von dem die Schüsse ausgingen, laut der [NGO](#) um ein Geschenk an Libyen handelt. Es wurde wohl im Rahmen eines [EU-finanzierten Projektes](#) übergeben. An der [Übergabezeremonie](#) im Jahr 2023 nahmen laut der NGO sowohl der italienische Außenminister, Tajani, der italienische Innenminister Piantedosi, als auch der damalige EU-Kommissar Várhelyi teil.

In dem bereits erwähnten Einsatz der Ocean Viking am 31. Dezember kam es ebenfalls zu einer Einschüchterung von Seiten der sogenannten libyschen Küstenwache. Die Ocean Viking war auf dem Weg, um rund [60 Menschen](#) aus Seenot zu retten, als sie von der sogenannten libyschen Küstenwache dazu aufgefordert wurden, umzudrehen. Nachdem die Ocean Viking bereits im [August 2025](#) von der sogenannten libyschen Küstenwache beschossen worden war, entschied die Crew der Aufforderung zu folgen, um die Sicherheit der zuvor Geretteten und ihre eigene zu gewährleisten. Nach den Schüssen im Sommer war das Schiff für [dreieinhalb Monate](#) nicht mehr einsatzbereit. Die Fälle der Louise Michel und der Ocean Viking verdeutlichen, wie die Arbeit der zivilen Seenotrettung durch die sogenannten libyschen Küstenwache beeinträchtigt wird. Doch die Tatsache, dass die Ocean Viking trotz des Angriffs seit dem [16. Dezember](#) wieder im Einsatz ist, zeigt auch das Durchhaltevermögen ziviler Seenotrettung.

Salvini-Freispruch und Sieg für die Mediterranea

Ebenfalls ein Rückschlag für die Rettung auf See ist der Freispruch von Matteo Salvini im Fall Open Arms am [17. Dezember](#). Gegenstand der Verhandlungen war ein Vorfall aus dem Jahr 2019, bei dem Salvini als damaliger Innenminister die Anlandung von 147 geflüchteten Menschen verweigerte. Die gerichtliche Begründung der Freisprechung Salvinis war, dass Spanien für die Menschen zuständig gewesen wäre.

Doch neben diesen Vorfällen können wir zumindest auch über ein positives Ereignis für die zivile Seenotrettung im Dezember berichten. In der [Central Med Info von November](#) wurde bereits über die Festsetzung der Mediterranea, ein Schiff der Organisation Mediterranea Saving Humans, berichtet. Am [11. Dezember](#) hob das Gericht in Agrigento diese Maßnahme nun jedoch auf. Die italienische Regierung hatte das Boot unter Berufung auf das Piantedosi-Dekret festgesetzt. Diese Anwendung des Gesetzes sieht das Gericht jedoch als rechtswidrig an. Somit entfallen die 60-tägige Festsetzung des Bootes sowie die Geldstrafe von 10.000 Euro. Damit schließt der Dezember nicht nur mit Herausforderungen für die humanitäre Hilfe ab, sondern auch mit einem rechtlichen Erfolg für die Seenotrettung, die sich tagtäglich für die Einhaltung von Menschenrechten und internationalem Seerecht einsetzt und Geflüchtete vor dem Tod im Mittelmeer rettet.



Kontakt:

Sitz Palermo
borderline-europe
Menschenrechte ohne Grenzen e.V.
<https://www.borderline-europe.de/>
italia@borderline-europe.de